

Kein Licht am Ende des Tunnels: skeptische Einschätzungen der ökonomischen und politischen Lage in Mittel- und Osteuropa

Hofrichter, Jürgen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hofrichter, J. (1993). Kein Licht am Ende des Tunnels: skeptische Einschätzungen der ökonomischen und politischen Lage in Mittel- und Osteuropa. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 10, 6-9. <https://doi.org/10.15464/isi.10.1993.6-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

System Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik: Zeitreihen 1950-1991

- Tabellenband erschienen -

Ein soeben erschienener Tabellenband präsentiert die Ergebnisse der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung auf der Basis eines Systems Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland, das in der ZUMA-Abteilung Soziale Indikatoren kontinuierlich fortgeschrieben und weiterentwickelt wird. Der von Heinz-Herbert Noll und Erich Wiegand herausgegebene Band enthält auf über 200 Seiten Zeitreihendaten von 1950 bis 1991 für zwölf Lebens- oder Politikbereiche:

- Bevölkerung
- Sozioökonomische Gliederung und Schichteinstufung
- Arbeitsmarkt und Beschäftigungsbedingungen
- Einkommen und Einkommensverteilung
- Einkommensverwendung und Versorgung
- Verkehr
- Wohnung
- Gesundheit
- Bildung
- Partizipation
- Umwelt
- Öffentliche Sicherheit und Kriminalität

Die in der Regel nach verschiedenen Merkmalen aufgegliederten Indikatoren-Zeitreihen vermitteln ein empirisches Bild der Veränderung der Lebensbedingungen der Bevölkerung und des Wandels der Sozialstruktur über den gesamten Zeitraum der Existenz der Bundesrepublik in ihren früheren Grenzen.

Der Tabellenband wird gegen einen Unkostenbeitrag von DM 10,- abgegeben und kann bei ZUMA, Postfach 122155, 68072 Mannheim angefordert werden.

Kein Licht am Ende des Tunnels

Skeptische Einschätzungen der ökonomischen und politischen Lage in Mittel- und Osteuropa

In den Ländern Mittel- und Osteuropas findet zur gleichen Zeit eine völlige Umwälzung des politischen und des ökonomischen Systems statt. Vielfach wird davon ausgegangen, daß es keine Alternative zur Entwicklung in Richtung demokratisch verfaßter Marktwirtschaften gäbe und daß schnelle und radikale Reformen die beste Strategie zur Erreichung dieses Ziels seien. Dem Aufbau und der Konsolidierung demokratischer marktwirtschaftlicher Systeme steht jedoch ein Mangel an Zeit und Geld entgegen. Es gibt zudem eine Reihe von Problemfeldern wie das Fehlen intermediärer gesellschaftlicher Strukturen und die ethnische Heterogenität vieler Staaten. Somit besteht die Gefahr einer Herausbildung nichtdemokratischer Regimes statt einer Konsolidierung der demokratischen Strukturen. Nach Wolfgang Zapf zeichnen sich moderne Gesellschaften in erster Linie durch Marktwirtschaft, Massenkonsum und Konkurrenzdemokratie aus. Die Einstellungen der Bürger in den mittel- und osteuropäischen Länder zu diesen zentralen Elementen der angestrebten „Modernisierung“ sind aufschlußreiche Indikatoren für die spezifischen Chancen und Risiken im Prozeß der gesellschaftlichen Transformation.

OST-EUROBAROMETER 1990, 1991, 1992 als Datenbasis

Um die Entwicklung von Einstellungen im Prozeß der Transformation verfolgen zu können, sind Untersuchungen über die Zeit notwendig. Die Beantwortung der Frage, ob Entwicklungen in verschiedenen Ländern gleichmäßig oder unterschiedlich verlaufen, erfordert eine international vergleichende Perspektive. Die im Auftrag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften bisher durchgeführten drei Ost-Eurobarometer-Umfragen ermöglichen solche Analysen für mittel- und osteuropäische Länder von 1990 bis 1992: Umfragen in vier Ländern im Herbst/Winter 1990, zentral koordinierte Umfragen im Herbst 1991 in 10 Ländern und im Herbst 1992 in 18 Ländern. In diesem Beitrag werden nur die Länder einbezogen, für die Daten zu zwei oder drei Zeitpunkten zur Verfügung stehen.

Die Auswahl der Indikatoren folgt einer groben Zuordnung zu den oben genannten Kernelementen moderner Gesellschaften. Zuerst wird die allgemeine Akzeptanz des Aufbaus einer Marktwirtschaft untersucht. Der Aspekt des Massenkonsums wird mittels der Beurteilung der vergangenen und erwarteten wirtschaftlichen Lage der Privathaushalte operationalisiert. Die Einstellung zur Konkurrenzdemokratie wird über

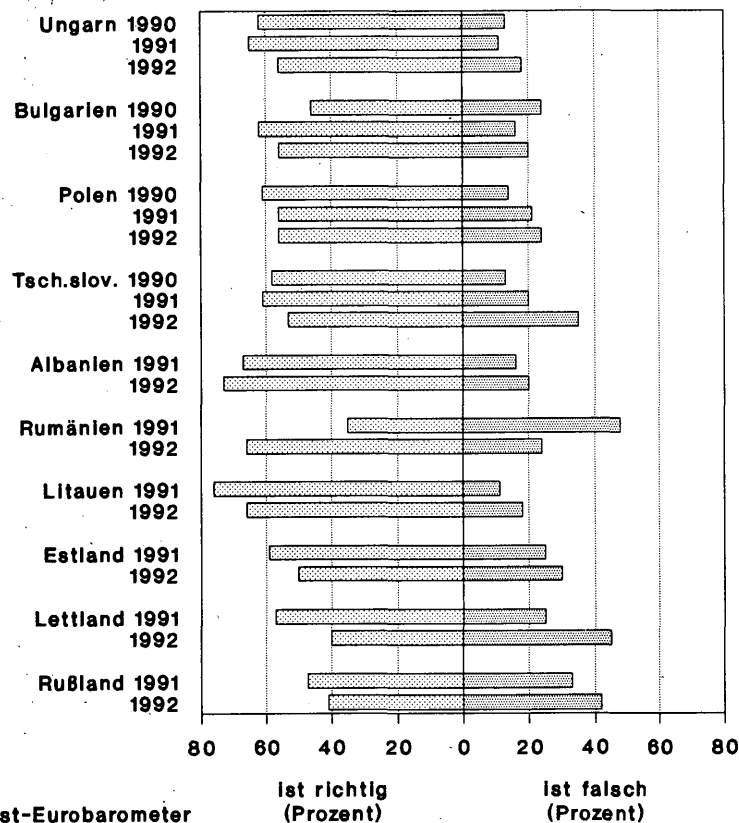
die Zufriedenheit mit der Entwicklung der Demokratie ermittelt.

Akzeptanz der Marktwirtschaft bröckelt

In den meisten der betrachteten Länder Mittel- und Osteuropas wurde der Aufbau einer Marktwirtschaft zu Beginn der neunziger Jahre von großen Mehrheiten befürwortet (Graphik 1). Gemessen durch die Frage „Haben Sie das Gefühl, daß die Schaffung einer freien Marktwirtschaft, das heißt einer Wirtschaft, die weitgehend frei von staatlicher Kontrolle ist, richtig oder falsch für die Zukunft (des jeweiligen Landes) ist?“ war die Unterstützung der Marktwirtschaft jedoch im Herbst 1992 geringer als in den Jahren zuvor und der Anteil der Opponenten höher. In den Ländern, in denen die Dreijahresperiode 1990 bis 1992 zu überblicken ist - Ungarn, Bulgarien, Polen, Tschechoslowakei - wurde der Aufbau einer freien Marktwirtschaft von einer deutlichen Mehrheit bis zu 65 Prozent der Befragten als „richtig“ eingeschätzt. Nach einer kontinuierlichen Zunahme der Opposition lehnten jedoch ein Drittel der tschechoslowakischen und ein Viertel der polnischen Befragten die Marktwirtschaft im Herbst 1992 ab.

In den Ländern, für die Daten aus den Jahren 1991 und 1992 zur Verfügung ste-

Graphik 1
Bewertung der Errichtung einer
Marktwirtschaft 1990 - 1992



Ost-Eurobarometer
 Nr. 1, 2, 3

hen, wurde die Marktwirtschaft von großen Mehrheiten zwischen 66 und 75 Prozent in Albanien und Litauen befürwortet. Dies waren die höchsten Zustimmungsraten unter allen betrachteten Ländern. Lehnte 1991 noch die Hälfte der Rumänen die Marktwirtschaft ab, so wurde sie ein Jahr später von zwei Dritteln der Befragten begrüßt. In Estland wurde in beiden Jahren die Marktwirtschaft mehrheitlich befürwortet, eine starke Minderheit lehnte sie jedoch ab. In Lettland war der stärkste Rückgang der Unterstützung der Marktwirtschaft zu verzeichnen: von 57 Prozent 1991 auf 40 Prozent 1992. Im europäischen Teil Rußlands stand bereits 1991 jeder Dritte in Opposition zur Marktwirtschaft, und ebenso wie in Lettland wandelte sich 1992 die Opposition zur Marktwirtschaft von einer Minderheits- zur Mehrheitsmeinung. Fast jeder zweite

Lette (45 Prozent, 1991 noch 25 Prozent) sowie 42 Prozent der Befragten Russen (1991: 33 Prozent) lehnten die Marktwirtschaft im Herbst 1992 ab. Als Fazit läßt sich festhalten, daß die Marktwirtschaft im mitteleuropäischen Raum durchweg mehrheitlich befürwortet wurde, wenn auch bei wachsender Opposition. Im osteuropäischen Raum wurde sie in Rußland und Lettland jedoch mehrheitlich abgelehnt.

Beurteilung der wirtschaftlichen Situation ist schlecht und weitere Verschlechterungen werden erwartet

Wenn wir uns der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Bevölkerung zuwenden, so zeigt sich, daß die steigende Skepsis gegenüber der Marktwirtschaft nicht zuletzt mit der desolaten Wirtschafts-

lage der Haushalte zusammenhängen dürfte. Die Beurteilung der Entwicklung in der Retrospektive (Frage: „Was würden Sie sagen, geht es Ihrem Haushalt im Vergleich zu vor 12 Monaten heute finanziell wesentlich besser, etwas besser, genauso, etwas schlechter, wesentlich schlechter?“) bietet ebenso wie die Prognose ein düsteres Bild (Frage: „Und erwarten Sie, daß es Ihrem Haushalt in den nächsten 12 Monaten ... gehen wird?“). Graphik 2 zeigt die Mittelwerte für beide Indikatoren, wobei ein Mittelwert von „3“ bedeuten würde, daß die Situation im Durchschnitt als unverändert wahrgenommen wird.

In Polen, Bulgarien, Ungarn und der Tschechoslowakei hat sich über drei Jahre hinweg die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation der Haushalte kontinuierlich verschlechtert, wobei das Ausmaß der Verschlechterung etwas variiert. Auch die zukünftige Entwicklung wird weitgehend pessimistisch beurteilt. Einem Rückgang der pessimistischen Erwartungen zwischen 1990 und 1991 folgte eine Zunahme des Pessimismus in der Umfrage 1992. Nur in Bulgarien wurden 1991 und 1992 keine größeren Verschlechterungen erwartet. In Ungarn war der Pessimismus bezüglich der zukünftigen Entwicklung in den Jahren 1990 und 1992 - nach einem zwischenzeitlichen Rückgang 1991 - von allen betrachteten Ländern am höchsten. Die letztjährige Entwicklung ihrer Wirtschaftslage beurteilten die Ungarn 1991 und 1992 ebenfalls mit am schlechtesten von allen Ländern. Nur in einem Land - Rumänien - äußerten die Befragten in beiden Jahren leicht positive Zukunftserwartungen für ihre persönliche ökonomische Lage. In den baltischen Staaten führte das Jahr 1992 zu einer substantiellen Verschlechterung der Lage der Haushalte. In Rußland waren 1991 die Erwartungen am pessimistischsten von allen Ländern und 1992 waren nur die Ungarn und Letten noch pessimistischer als die Russen.

In jedem Land fiel die Beurteilung der Entwicklung der vergangenen 12 Monate teilweise wesentlich schlechter aus, als es für diese Periode vorher erwartet worden war. Dabei waren die Erwartungen keineswegs positiv gewesen. Bei der Beurteilung der privaten ökonomischen Lage gab es keine systematischen Unterschiede zwischen den Ländergruppen. In den meisten Ländern war die private Wirtschaftslage im betrachteten Zeitraum ähnlich schlecht, und für 1993 wurde eine weitere Verschlechterung erwartet. Die Voraussetzungen für

eine baldige Realisierung des Massenkonsums nach westlichem Muster sind damit wegen fehlender privater Kaufkraft nicht gegeben.

Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Demokratie wächst

Große Mehrheiten der Bevölkerungen in Mittel- und Osteuropa sind unzufrieden mit der Entwicklung der Demokratie, und die Unzufriedenheit ist zwischen Herbst 1991 und Herbst 1992 in fast allen Ländern teilweise beträchtlich gewachsen (Frage: „Sind Sie mit der Art und Weise, wie sich die Demokratie in (jeweiliges Land) entwickelt, alles in allem gesehen, sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, ziemlich unzufrieden oder völlig unzufrieden?“) (Graphik 3). In den zwei Ländern, in denen die Unzufriedenheit zwischen 1990 und 1991 zurückging, erreichte sie 1992 jedoch wieder in etwa das Niveau von 1990 (in Bulgarien mit 54 Prozent und in Ungarn mit 72 Prozent). In Polen gab es eine kontinuierliche Zunahme der Unzufriedenheit von 37 Prozent 1990 über 50 Prozent 1991 auf 57 Prozent 1992. In der Tschechoslowakei ist die hohe Zufriedenheitsrate (56 Prozent) im Jahr 1990 wahrscheinlich auf die erfolg-

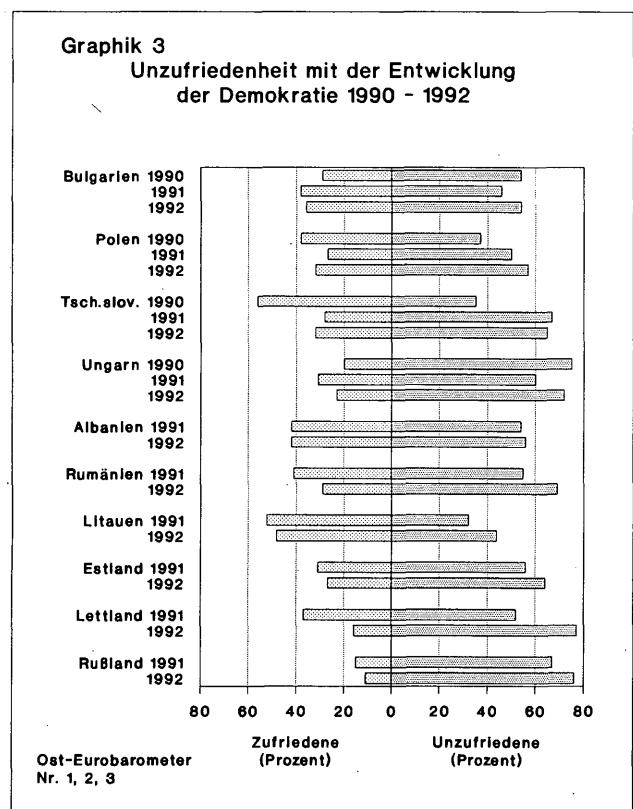
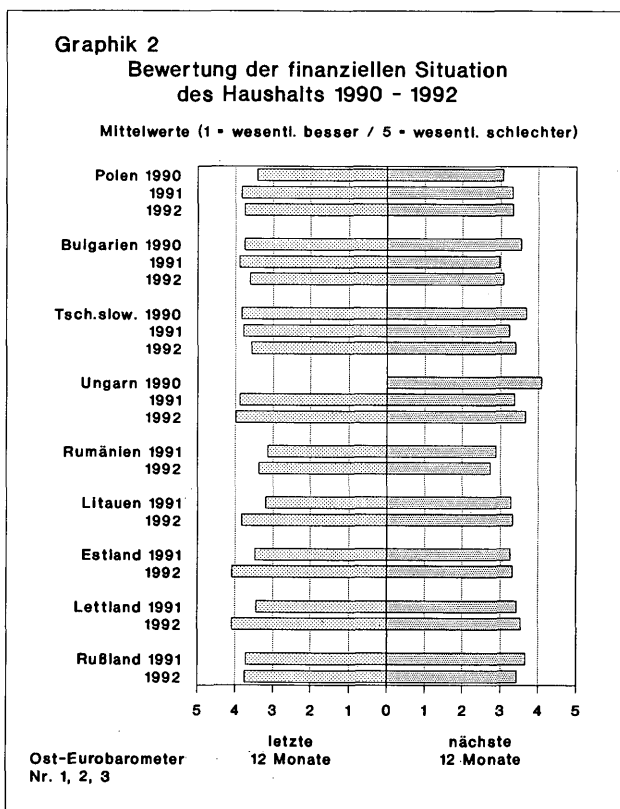
reiche Vorbereitung und Durchführung der Wahl vom Juni 1990 durch eine „Regierung der nationalen Verständigung“ zurückzuführen. Diese hohe Zufriedenheit mit der Demokratie wurde jedoch von großer und beständiger Unzufriedenheit abgelöst (67 bzw. 65 Prozent 1991 und 1992). Dies dürfte auch ein Ausdruck der Probleme sein, die in der Trennung des Landes resultierten, wobei die Unzufriedenheit in der Slowakei wesentlich höher war als in der Tschechischen Republik.

Ähnlich wie bei der Bewertung der Marktwirtschaft belegen Albanien und Litauen die beiden ersten Plätze bei einer Rangordnung der Demokratie-Zufriedenheit in den Jahren 1991 und 1992. Von allen Ländern waren jedoch nur in Litauen Mehrheiten von 52 bzw. 48 Prozent zufrieden mit der Entwicklung der Demokratie. In Lettland stieg die Unzufriedenheit zwischen 1991 und 1992 von 52 auf 77 Prozent am stärksten. Rußland belegte 1991 zusammen mit der Tschechoslowakei und 1992 zusammen mit Lettland die Spitzenplätze bei der Unzufriedenheit (67 bzw. 76 Prozent). Nur 15 beziehungsweise 11 Prozent der Russen waren 1991 und 1992 mit der Entwicklung der Demokratie zufrieden. Im bevölkerungs-

reichsten Nachfolgestaat der ehemaligen Sowjetunion hat die Konkurrenzdemokratie damit die bei weitem geringste Unterstützung.

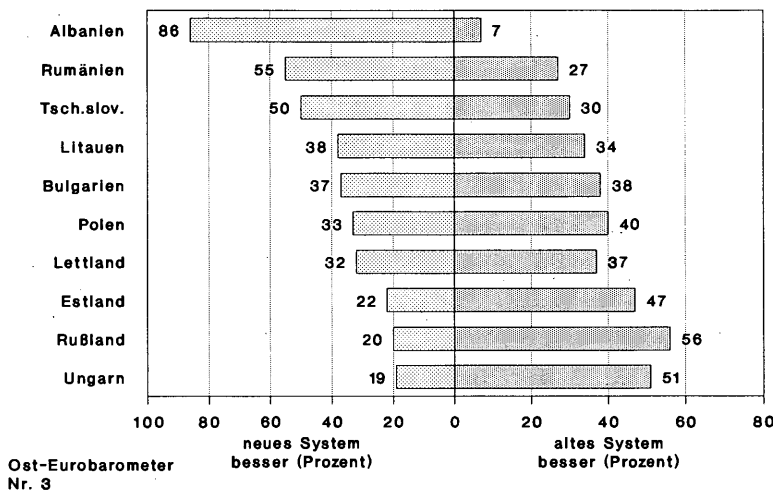
Wieder positive Beurteilung des alten politischen Systems - Sozialistische Nostalgie oder Mythos?

Zur Unzufriedenheit mit der Demokratie kommt im Herbst 1992 eine große Sympathie für das „alte“ politische System. (Frage: „Sind Sie alles in allem gesehen der Meinung, daß es Ihnen persönlich jetzt unter dem gegenwärtigen politischen System besser geht oder glauben Sie, daß es Ihnen unter dem vorherigen politischen System besser ging?“). Unabhängig davon, was die Befragten unter „alt“ oder „neu“ verstehen, zeigt Graphik 4, daß das neue politische System noch keinen großen Rückhalt in den meisten Ländern gewonnen hat. Da diese Frage nur 1992 gestellt wurde, sind keine Zeitvergleiche möglich. In Albanien, Rumänien und der Tschechoslowakei hielten absolute Mehrheiten das neue System für besser, in Litauen eine knappe relative Mehrheit von 38 Prozent. In allen anderen Ländern, sah eine Mehrheit der Befragten das alte System als besser an: 37 Prozent in



Graphik 4

Beurteilung des neuen Systems im Vergleich zum alten System 1992



Lettland, bis zu 47 Prozent in Estland, 51 Prozent in Ungarn und 56 Prozent in Rußland.

Gesellschaften im Übergang stehen unter Dauerstreß

Die Ergebnisse zeigen in den betrachteten Ländern Mittel- und Osteuropas eine abnehmende Akzeptanz der Marktwirtschaft, eine desolante Einschätzung der eigenen

Finanzlage, eine große Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Demokratie in den jeweiligen Ländern und eine beträchtliche Sympathie für das alte politische System im Herbst 1992. Damit zeigen die Indikatoren zu den drei Kernelementen „moderner“ Gesellschaften Marktwirtschaft, Massenkonsum und Konkurrenzdemokratie ein vorwiegend skeptisches Bild. Sie scheinen die kritischen Einschätzungen der vielfältigen Probleme und der Risiken im Transformationsprozeß in Richtung „moderne“ Gesellschaften westlichen Typs zu bestätigen.

Wie wir aus der Forschung zur Geschichte der politischen Kultur in der Bundesrepublik wissen, führte hauptsächlich der ökonomische Erfolg (Wirtschaftswunder) zur Akzeptanz des demokratischen politischen Systems. Auf der Grundlage des Konzepts der politischen Kultur hat Max Kaase eine ausführliche Analyse der politischen Konsolidierung in den Ländern Mittel- und Osteuropas vorgelegt. Diese Analyse sowie die empirischen Ergebnisse der Ost-Eurobarometer bestätigen: Der ökonomische Erfolg ist die Voraussetzung der Entwicklung zur Demokratie. Auf dem Hintergrund der Erfahrungen in den neuen Bundesländern, in denen der Übergang zur Marktwirtschaft trotz massiver Transferzahlungen zum Niedergang der Industrieproduktion geführt hat, ist jedoch mit einer längeren Streßperiode ökonomischer Dauerprobleme zu rechnen. Inwieweit der Aufbau und die Konsolidierung „moderner“ Gesellschaften in den Ländern Mittel- und Osteuropas stattfinden kann, ist auf der Basis der Daten über einen so kurzen Zeitraum kaum vorherzusagen, aber eine Prognose würde eher skeptisch als optimistisch ausfallen.

Jürgen Hofrichter
 Zentrum für Europäische
 Umfrageanalysen und Studien
 (Tel.: 0621/292-8476)

Familie und Arbeit immer noch wichtiger als Freizeit

Wertorientierungen, Arbeitszeitwünsche und Freizeitaktivitäten

In der öffentlichen Diskussion wurde auf dem Hintergrund des Wandels von Wertorientierungen, Forderungen zur Verkürzung der Arbeitszeit, aber auch der rückläufigen Geburtenrate die Bedeutung von Arbeit und Familie in Frage gestellt. Eine Entwicklung zur Freizeitgesellschaft, in der die Berufarbeit ihren Vorrang verliert und auch die Bedeutung von Familie und Kindern erheblich sinkt, wurde postuliert.

Im Folgenden wird untersucht wie wichtig der deutschen Bevölkerung verschiedene Bereiche des Lebens, insbesondere Beruf, Familie und Freizeit sind, ob die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Problem

angesehen wird und welche Maßnahmen in diesem Zusammenhang als zweckmäßig erachtet werden. Weiterhin werden Wunsch und Wirklichkeit der Arbeitszeitgestaltung gegenübergestellt und die Häufigkeit von

Freizeitaktivitäten analysiert. Im Vordergrund steht die Fragestellung inwieweit Ehepartner und unverheiratet zusammenlebende Paare diesbezüglich in ihren Beurteilungen und Wünschen übereinstimmen. Datengrundlage ist das Sozioökonomische Panel, bei dem seit 1984 jährlich alle Personen ab 16 Jahren aus einer Stichprobe von ursprünglich mehr als 5000 Haushalten der Wohnbevölkerung befragt werden. In der Befragungswelle vom Frühjahr 1990 wurden Informationen zur Zeitverwendung und zu Bewertungen und Wünschen in Beruf und Freizeit erhoben. In diesem Jahr wurde erstmals auch die Bevölkerung der ehemaligen DDR in die Erhebung einbezogen, allerdings mit einem anderen Frageprogramm. Die Analysen beziehen sich deshalb nur auf die deutsche Wohnbevölkerung der damaligen Bundesrepublik Deutschland.